

anfang deutscher Politik nach 1945 bemühte, dem jedoch nicht nur durch die zunehmend von der Berliner KPD-Führung gelenkte Thüringer Bezirksleitung der KPD, sondern auch von sozialdemokratischen Widersachern, namentlich Heinrich Hoffmann, gegengesteuert wurde.

Für die Zeit nach dem Besatzungswechsel zwischen Juli 1945 und April 1946 widmet sich Overesch vorwiegend dem letztlich erfolglosen Kampf der Thüringer Sozialdemokraten gegen die Vereinnahmungsstrategie der Kommunisten und den Konflikten mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Es gelingt ihm überzeugend, die organisatorische und politisch-konzeptionelle Entwicklung der Thüringer Sozialdemokratie in Auseinandersetzung mit der KPD und der SMA Thüringens darzustellen und mit der Person Hermann Brills eng zu verbinden. Das politische Profil der Kontrahenten und Gegner Brills bleibt dagegen blaß, teilweise ungerechtfertigt unterbelichtet. Die Art und Weise der Vorbereitung der SED-Gründung selbst stellt sich schließlich für den Autor als eindeutiges Zeugnis für die Ziele und Methoden kommunistischer und sowjetischer Machtpolitik dar.

*Andreas Malycha, Berlin*

Willy Albrecht, *Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken*, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 1994, 540 S., geb., 48 DM.

Willy Albrechts Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes von 1946 bis 1961 ist als Projekt des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung entstanden. Tilman Fichter hat sie 1987 im Vorwort zu seiner politischen Soziologie des SDS mit dem frühzeitigen Epitheton »stiftungsoffiziös« versehen (SDS und SPD. Parteilichkeit jenseits der Partei. Opladen 1988, S. 18, Anm. 9). Wenig später, im Mai 1988, ist der »Unvereinbarkeitsbeschluß« von 1961 durch den Parteivorstand der SPD demonstrativ aufgehoben worden: »Aus der Rückschau gesehen hat der SDS gerade in jener Phase, in der Partei und Studentenverband sich auseinanderlebten, Konzeptionen entwickelt, die später auch von der SPD aufgegriffen und zu wichtigen Teilen in gesellschaftliche Wirklichkeit umgesetzt worden sind«, heißt es in dem Einladungsschreiben, mit dem die Partei Ende 1988 ehemalige SDS-Aktivistinnen zur versöhnlichen Aussprache gebeten hat. Das vorliegende Werk dürfte also auch außerhalb des fachwissenschaftlichen Bereichs auf erwartungsvolles Interesse gestoßen sein (vgl. z. B. Jürgen Seifert, *SPD und SDS. Brief an Willy Albrecht*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 1995, H. 4, S. 376–379).

Erfreulicherweise sperrt sich Albrechts Darstellung gegen die allzu leichte Nutzung der Geschichte durch den politischen Zeitgeist. Der Verf. bewerkstelligt dies vor allem durch ein beharrliches Ausbreiten der *res gestae*, die in den Aktenüberlieferungen der Beteiligten verschriftet sind. Neben den bereits von Fichter benutzten SDS-Beständen im Archiv der sozialen Demokratie und im Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung an der Freien Universität Berlin hat Albrecht hierfür die Verhandlungen des SPD-Präsidiums, die Protokolle des SPD-Parteivorstandes (PV) der Jahre 1955 bis 1969, die Akten des Jugendreferats beim PV sowie die Überlieferungen von acht Landes- und Bezirksverbänden der SPD ausgewertet und die Unterlagen der International Union of Socialist Youth und der Sozialistischen Jugend-Internationale im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam beigezogen; hinzu kommen mehrere Nachlässe, so u. a. die bei der Friedrich-Ebert-Stiftung verwahrten Papiere von Fritz Erler, Waldemar von Knoeringen, Günter Markscheffel und Carlo Schmid. Auf die Ergänzung der archivalischen Quellen durch »oral history« mit Zeitzeugen hat der Verf. verzichtet, da »einzelne Versuche deutlich

machten, daß die dabei gewonnenen zusätzlichen Informationen nicht den Arbeitsaufwand lohnten« (S. 19). Auch dies hat vermutlich dazu beigetragen, daß Albrechts Darstellung zur Geschichte der alten und der neuen Linken innerhalb und jenseits der deutschen Nachkriegs-Sozialdemokratie von bisher anzutreffender »theoretischer« Verfremdung und selbstbiographischer Perzeption frei geblieben ist. Mit Dankbarkeit wird der Historiker auch den nützlichen Anhang zur Kenntnis nehmen, der u. a. erstmals die »Teilnehmer/-innen« der SDS-Gründungsversammlung und der Delegiertenkonferenzen 1946–1959 getrennt nach Hochschulen, die Mitglieder des Bundesvorstands und die Leiter des Bundessekretariats 1946–1961 sowie die Landesvorsitzenden des SDS 1950–1961 auflistet. Etwa 1 200 Namen weist das Personenregister nach; ein Index der Organisationen, Periodika, Orte und Regionen erleichtert auch den Rekurs auf Entwicklungen in einzelnen Hochschulgruppen. Eine entsprechende Gründlichkeit hätte übrigens dem Satzmanuskript gutgetan; nur wenige der Schreibfehler sind so amüsant wie die Literaturangabe Klaus Rainer Röhl: Fünf Finger sind keine Hand. . . (S. 318, Anm. 5).

Nach einer Rückschau auf die Geschichte der sozialistischen Studentenschaft vor 1933 entfaltet Albrecht eine streckenweise mühsam zu verfolgende chronologisch-thematische Faktologie des SDS in drei Hauptkapiteln, die sich durch das jeweilige Konfliktpotential zwischen Studentenverband und Mutterpartei definieren: I. Die Gründungsphase und die Stabilisierung des SDS (1946 bis 1952) – II. Von der Kooperation mit der SPD zur Konfrontation (1952 bis 1958) – III. Die Spaltung des SDS und die Ausgrenzung des alten Verbandes aus der sozialdemokratischen Bewegung durch die Parteiführung der SPD (1958 bis 1961). Ein nur kurzer »Ausblick« auf die hohe Zeit der Außerparlamentarischen Opposition, die in der öffentlichen Begrifflichkeit schließlich zum Synonym für den SDS geworden ist, führt hin zur Selbstauflösung des Bundes im März 1970: »Am Ende seiner Geschichte war der SDS das geworden, wofür ihn die Parteiführung der SPD und der vom Verband abgespaltene SHB bereits 1960 – damals allerdings noch zu Unrecht – gehalten hatten: eine an Hochschulfragen desinteressierte Kaderorganisation zur Vorbereitung des revolutionären Kampfes.« (S. 470) Albrechts Arbeit beschränkt sich also auf die Entwicklung vom »linken Offiziersbund« der Trümmerzeit (T. Fichter) bis zu jenem nach gesellschaftlicher Veränderung drängenden Aggregat, in dem zu Ende der 1950er Jahre kautsky-anische Orthodoxe, undogmatische Marxisten, linksliberale Reformer und fest entschlossene Nachwuchspolitiker in wechselnden Bündnissen ihre ideologischen und organisationalpolitischen Strategien verfolgten. Daneben wirkte, über die bekannte »konkret«-Fraktion hinaus, ein Kontingent von Handlungsbeauftragten der KPD und von Kundschaftern ost- und westdeutscher Nachrichtendienste. Näheres zu ihren tatsächlichen Einflußnahmen auf den Lauf der Dinge dürfte erst in fernerer Zukunft aus vielleicht erhaltenen Quellen zu erfahren sein; daß der Verf. auf eine vorsorgliche Suche in bereits zugänglichen, d. h. nicht personenbezogenen Akten von SED, FDJ und MfS verzichtet hat, ist allerdings bedauerlich.

Die politisch relativ stabilen Verbandsjahre 1946–1952 (Ära Nes Ziegler) und 1952–1958 (Ära Lohmar/Arndt) erlauben es dem Verf., die damals zentralen Themenfelder des SDS wie »Hochschulreform«, »Theorie« und »Internationale Politik« neben der allgemeinen Organisationsgeschichte in chronologisch parallelen Kapiteln gesondert zu behandeln. Der auf Spaltung und Ausgrenzung hinführende dritte Hauptteil des Buches folgt dann dem Verlaufsmuster der Kampagnen (Kampf dem Atomtod/Ungesühnte Nazi-justiz), öffentlichen Kundgebungen (Studentenkongreß gegen Atomrüstung/Frankfurter Kongreß »Für Demokratie, gegen Militarismus und Restauration«), von Führungskämpfen (Hüller-/»konkret«-Fraktion) und Gruppen Gründungen (Sozialdemokratischer Hochschulbund/Sozialistische Förderergesellschaft). Der breiten Ereignisgeschichte dieser wenigen Jahre läßt Albrecht ein karges Resümee folgen, das von der Vorsicht des zeitbezogenen Abwägens geleitet ist; so etwa, wenn der Autor zum Schlusse kommt, daß die vom Par-

teivorstand gezielt betriebene Trennung dazumal »vielleicht unvermeidbar« gewesen sei (S. 441): Grund hierfür war vor allem die vehemente Kritik an den in das Godesberger Programm mündenden Modernisierungsbestrebungen des PV durch den in seiner marxistischen Mehrheit zum »konsequenten Kampf gegen die herrschenden Klassen« entschlossenen SDS; hinzu kam die Befürchtung, daß sich um den SDS und seinen Fördererverein aus Professoren und Gewerkschaftsfunktionären eine innerparteiliche Opposition sammeln könnte, die den Weg zur Regierungsfähigkeit der SPD in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien durchkreuzen würde.

Die heutige Rückschau legt nahe, daß der SDS mit einem für die nächsten Jahrzehnte bedeutsamen politisch-moralischen Paradigmenwechsel seiner Partei und seiner Zeit in der Tat vorausgeeilt war. Gemeint ist die Ablösung des antitotalitären Konsenses der Nachkriegsjahre durch die Hegemonie eines »postfaschistischen Antifaschismus«, der die philosophische Äquidistanz der Gründergeneration zu jedweden antidemokratischen Herrschaftsgebilden aufgehoben und – so Karl Dietrich Bracher – »anstelle des Kommunismus vor allem den Antikommunismus unter Ideologieverdacht« gestellt hat. Ob die von der SDS-Mehrheit erstrebte »andere« Deutschland- und Ostpolitik auch tatsächlich jene gewesen wäre, die Willy Brandt schließlich verwirklicht hat (so Jürgen Seifert in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 1989, H. 2, S. 182), ist eine müßige Frage. Das erst später so genannte Konzept des Wandels durch Annäherung mußte den damaligen Führern der SPD als ein nicht vermittelbares Risiko erscheinen, bei dem Verteilung und Qualität des Wandels sowie Art und Grenzen der allfälligen »Nähe« unabsehbar waren. Nur Traumtänzer konnten ernsthaft erwarten, daß die Partei das Kalkül künftiger Parlamentsmehrheiten gegen den herrschaftsfreien Diskurs mit ihrem Studentenverband eintauschen würde. Dermaßen simpel und konkret kann Geschichte mitunter sein. – Daß im übrigen die kommunistischen Diktaturen sich nicht in einem durch Annäherung bewirkten Wandel aufgehoben haben, sondern an ökonomischer Unfähigkeit und inneren Widersprüchen schlußendlich gescheitert sind, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Vielleicht hat Willy Albrecht wirklich »nur« eine Chronik des SDS geschrieben, die die Publikumsfrage nach dem »eigentlichen Motiv für den Rückgriff auf einen revolutionären Marxismus« nicht beantworten kann (Christian Gneuss in: Die Zeit, Nr. 47 vom 18. Nov. 1994). Daß sie keine Familienchronik ist, bringt den Forschungsstand aber schon ein gutes Stück voran.

*Werner Röder, München*

Rudolf G. Ardelt, Vom Kampf um Bürgerrechte zum »Burgfrieden«. Studien zur Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie 1888–1914 (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 1/Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 198 S., brosch., 36 DM.

Walter Peissl, Das »bessere« Proletariat. Angestellte im 20. Jahrhundert (Studien zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte 4/Veröffentlichungen des Ludwig Boltzmann Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung), Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 315 S., brosch., 57 DM.

Nur selten überwiegt beim Wiederabdruck von Beiträgen, die vor wenigen Jahren bereits andernorts erschienen sind, der Ertrag für das Fachpublikum im Verhältnis zu den Intentionen einer Profilierung des jeweiligen Autors. Die Aufsatzsammlung von Ardelt unterscheidet sich von diesem Typus in dreifacher Hinsicht vorteilhaft. Zum einen fehlt in der